Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 380 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 6. August

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Die österreichische Antwortnote wird am Mittwoch überreicht werden.

* Der König von Rumänien wird seinen feierlichen Einzug in Budapest halten.

* In Triest kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Karabinieries und der Volksmenge.

* Englands Schulden an deutsche Privatpersonen sind nicht nach dem jetzigen, sondern nach dem Kursstand der Mark vor dem Kriege zu bezahlen.

* Der Streik in Amerika nimmt an Ausdehnung zu.

* Aus Amerika sind 300 000 Tonnen Kohle für Italien unterwegs.

* Dänemark hat eine 5prozentige „Wiedervereinigungsanleihe" angenommen.

Oesterreichs Gegenvorschläge

Wien, 5. August.

Staatskanzler Renner überreicht morgen Mittwoch der Friedenskonferenz die österreichische Antwort auf den Friedensvertragsentwurf und verläßt dann auf acht Tage Saint-Germain, mit ihm der größte Teil der Delegation.

Der Berichterstatter des „Neuen Wiener Tagbl." in Saint-Germain meldet: Die österreichische Antwortnote, die morgen überreicht wird, beschränke sich hauptsächlich darauf, die Einwendungen gegen die Friedensbestimmungen zusammenzufassen und die grundsätzlichen Forderungen darzulegen, an denen die Delegierten festhalten müssen, solle Deutschösterreich nicht wirtschaftlich zusammenbrechen. Die Note tritt nochmals für die gerechten Gebietsansprüche Deutschösterreichs ein und sagt in klarer, überzeugender Weise die üblichen finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen auseinander. Als Beilage zur Note erhält der Oberste Rat Denkschriften und Bemerkungen für die Einzelbestimmungen, die die Gegenvorschläge in endgültiger Fassung nochmals vorbringen.

Saint-Germain, 5. August.

Die deutsch-österreichischen Finanzdelegierten sind nach Wien abgereist.

Marburg und das Drautal haben an den Delegierten auf der Friedenskonferenz, Dr. Kamiker, ein Telegramm gerichtet, in dem sie bitten, noch in letzter Stunde das Möglichste zu versuchen, um ihr Verbleiben beim Mutterlande Deutschösterreich durchzusetzen. Die gewaltsame Auflösung der Gemeindevertretungen des Drautales und Marburgs werde sie nicht hindern, gegen die Losreißung Widerstand zu leisten.

Die Lage in Budapest

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Wien, 5. August.

Die Rumänen haben in Budapest ihr eisernes Regiment begonnen. Heute früh wurde, wie bereits gemeldet, eine Verordnung erlassen, wonach innerhalb 2 Stunden sämtliche Waffen abgeliefert sein müssen. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommt oder sich Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art zu Schulden kommen läßt, wird sofort erschossen. Nach 8 Uhr abends darf sich niemand mehr auf der Straße aufhalten. Die Befürchtungen, die über das Rumänenregiment in der Stadt laut wurden, haben sich leider bewahrheitet. So kam es heute zu Gewalttaten in einem Vorort von Budapest. Die Rumänen sperrten die in diesem Viertel laufende Eisenbahn ab und zwar gerade zu einer Zeit, wo die Arbeiter aus den Fabriken nach Hause wollten. Viele der Arbeiter mußten daher die ganze Nacht im Freien verbringen. Die Aufregung unter ihnen war begreiflicherweise ungeheuer groß. Einige Arbeiter, die trotz der Absperrung die Eisenbahn zu benutzen versuchten, wurden getötet. Von rumänischen Truppen wurde die Stadtpolizei auseinandergetrieben. Es waren nur noch rumänische Patrouillen zu sehen. Es soll nach Meldungen der „Neuen Freien Presse" noch starkes Treiben auf den Straßen herrschen. Die Läden wurden zum ersten mal jetzt wieder geöffnet.

Die letzten Nachrichten, die in den späten Nachtstunden aus Budapest eingetroffen sind, besagen, daß die Rumänen auch die Direktion der Ungarischen Staatseisenbahnen und der Donauschiffahrtsgesellschaften besetzt haben. Sie erklären, daß sie entschlossen sind, die Lokomotiven, Maschinen, Waggons und Schiffe, die seinerzeit aus Rumänien verschleppt wurden, zurückzuführen. Dies bedeutet natürlich nur einen versteckten Raub des ungarischen Verkehrsmaterials. In der Stadt herrscht Ruhe, nachdem den Ausschreitungen der rumänischen Truppen in der Josefstadt durch sehr energisches Auftreten des Oberleutnants Romanelli ein Ende gesetzt wurde, doch ist die Stadt sehr still. Die Straßen sind leer, die rotweißgrünen Fahnen sind eingezogen worden. Der rumänische Befehlshaber General Mardarescu forderte den Bürgermeister auf, auf den städtischen Gebäuden die rumänische Fahne hissen zu lassen, doch lehnte dies der Bürgermeister entschieden ab. Die einmarschierten rumänischen Truppen wurden in sieben Kasernen untergebracht. Für ihre Offiziere sind Hotel Ritz und Hotel Hungaria requiriert worden. Die rumänische Militärbehörde hat in Budapest die Zensur des gesamten Telephon-, Telegraphen- und Briefverkehrs verfügt. Die erscheinenden wenigen Zeitungen — es sind deren nur drei — wurden unter Vorzensur gestellt.

Die Telegraphenkompagnie läßt sich aus Budapest melden, der Befehlshaber der dort liegenden rumänischen Truppen habe bekanntgegeben, daß König Ferdinand heute oder morgen in Budapest feierlich seinen Einzug halten werde.

Die Blätter melden, daß 2500 Mann französischer Truppen von der Szegediner Front in Budapest einmarschieren werden. Die tschechoslowakische Armee sei gestern in die Demarkationslinie vorgerückt. Sie sei mit schwachen Kräften im Anmarsch auf Budapest. Nach Meldung der „Neuen Freien Presse" seien bereits englische Truppen von Fiume unterwegs nach Budapest, um an der Besetzung der Hauptstadt teilzunehmen.

Das „Neue Wiener Tagblatt" meldet, daß zur Sicherung eines einheitlichen Vorgehens der Regierung angesichts der schwierigen Lage in Budapest ein dreigliedriges Direktorium aus zwei bürgerlichen und einem sozialistischen Mitgliede werde gebildet werden.

Der alte Markkurs

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Haag, 5. August.

Sir Auchland Eddes traf eine Entscheidung, der zufolge sämtliche Schulden, die England an Privatpersonen in Deutschland zahlen muß und die in Mark entrichtet werden müssen, nicht nach dem jetzigen, sondern nach dem Kurs vor dem Krieg entrichtet werden sollen.

Noch keine Verkehrserleichterungen

Frankfurt a. M., 4. August.

Das Zivilkommissariat für den preußischen Teil des Abschnitts 4 der neutralen Zone teilt mit: Auf Grund der Veröffentlichung der Ententeantwort auf das deutsche Ultimatum vom 11. Juli über Verkehrserleichterungen mit dem besetzten Gebiet, kommen täglich zahllose Anfragen an das hiesige Zivilkommissariat, deren Urheber der irrigen Meinung sind, daß die in dieser Veröffentlichung erwähnten Verkehrserleichterungen schon in Kraft getreten seien. Demgegenüber sei nochmals ausdrücklich betont, daß die Verkehrserleichterungen erst nach Eintritt des endgültigen Friedenszustandes, d. h. frühestens nach Ablauf mehrerer Wochen Geltung haben und dann sofort der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden. Bis dahin haben die jetzigen Bestimmungen noch volle Gültigkeit.

Die oberschlesische Frage

Berlin, 5. August.

Die „Voss. Ztg." meldet aus Breslau: Zur Beratung der oberschlesischen Frage hatten sich Vertreter aller Parteien Oberschlesiens auf Einladung des Zentralvolksrats in Breslau versammelt. Es wurde die durch Annahme des § 18 der Verfassung für Oberschlesien geschaffene Lage besprochen. Alle Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten einigten sich dahin, die alsbaldige Schaffung einer selbständigen Provinz Oberschlesien bei den maßgebenden Stellen mit allen Mitteln zu betreiben.

Die Beratungen des Friedensvertrages

Versailles, 5. August.

Ministerpräsident Clemenceau, der zuerst auf sofortiger Durchberatung des Friedensvertrages im Plenum bestand, hat in einer gestrigen Unterredung mit dem Vorsitzenden und dem Generalberichterstatter des Friedensausschusses der Kammer der Abgeordneten, Viviani und Barthou, erklärt, daß er sich dem Beschluß der Kammer fügen wolle, die Diskussion erst nach einer kurzen Ferienpause zu beginnen. Unter diesen Umständen dürfte die Kammer die Erörterung am 25. August eröffnen. „Le Pays" allein gibt als Datum des Beginns der Beratung den 2. September an. Die Kammer wird ihre Ferien am 7. oder 8. August beginnen.

Der Oberste Rat der Alliierten beschäftigte sich gestern in Anwesenheit Marschall Fochs eingehend mit der ungarischen Frage und im Anschluß daran mit der Frage der Alandsinseln. Anwesend waren von schwedischer Seite die schwedischen Gesandten in Paris und London.

Der Oberste Rat hat bestimmt, daß die interalliierte Militärmission in Berlin bei den beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen die alliierten Regierungen vertreten werde.

Versailles, 5. August.

Heute nachmittag beginnt in der französischen Kammer die Diskussion über das Gesetz betreffend Verwertung und Nutzbarmachung sequestrierter Güter feindlicher Untertanen.

Erweiterung der Auslieferungsliste

In bemerkenswerten Ausführungen weist Graf Reventlow in der „D. T." darauf hin, daß die „Volksregierung" in der Nationalversammlung drohend andeutete: sie sei in der Lage, durch Nennung von Namen die Auslieferungsliste der Entente und Belgiens zu vergrößern. Diese Drohung hat in der deutschen Oeffentlichkeit nicht annähernd die ihr zukommende Beachtung gefunden. Sie verdient nämlich größte Beachtung, ist außerdem ein Ereignis, eine Leistung, die unseres Wissens ganz einzig dasteht: Die Feinde haben unter dem Titel „Strafbestimmungen" als Friedensbedingung u. a. aufgestellt: „Die deutsche Regierung räumt den alliierten und assoziierten Mächten die Freiheit ein, vor ihre Militärgerichte die Personen zu ziehen, die angeklagt werden, Handlungen gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges begangen zu haben." Die deutsche Regierung habe sich auf Antrag der Mächte oder einer von ihnen zur Auslieferung aller Personen zu verpflichten, die ihr unter der obigen Anklage namentlich oder nach Dienstgrad oder der ihnen von den deutschen Behörden übertragenen Dienststellung oder sonstigen Verwendung bezeichnet werden. Die weitere Verpflichtung wird gefordert, alle Auskünfte für die Aufklärung der verfolgten Taten und die Nachforschung nach den „Schuldigen" zu geben.

Diese ruhmvollen Bedingungen hat die „Volksregierung" angenommen und so, wie man sieht, den Ententemächten einen Blankowechsel unterzeichnet; denn diese hat damit das Recht, so viel Deutsche, wie sie will, auf die Auslieferungslisten zu setzen. Aber das genügt der „Volksregierung" und ihren Parteien noch nicht. Sie droht in der Nationalversammlung, sie könne durch Namensnennungen die feindlichen Listen vergrößern und läßt durchblicken: wer das nicht wünsche, der solle sich lieber mit Angriffen gegen sie, die Regierung, in acht nehmen. Mit anderen Worten: Wer der Regierung „lästig" wird, setzt sich der Auslieferung an den Feind zwecks schwerer Bestrafung aus und um zu verschwinden. Das ist die Art, wie die Volksregierung jene Kämpfe „der Ideen und des Geistes" führt, von denen uns die sozialdemokratischen Führer und Blätter so gern und viel erzählen. Man leistet dem Feinde freiwillige Mitarbeit an der Aufstellung seiner Proskriptionslisten und ist sich möglicherweise schon weitgehend einig geworden, auch darüber jedenfalls, daß „eine Handlung gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges" mit entsprechend beiderseitigem guten Willen in jedem wünschenswerten Falle konstruiert werden kann.

„Daß die „Volksregierung" zum „moralischen" Beistand des Feindes ihre Zuflucht nimmt, um öffentlichen politischen Angriffen gegen sie zu entgehen und überhaupt Persönlichkeiten los zu werden, die ihr für Gegenwart oder Zukunft unbequem erscheinen und die sie deshalb lieber in einem englischen oder französischen Zuchthaus als in Deutschland und in Freiheit sähe, das ist zweifellos von hohem kulturgeschichtlichen Reize. Es stimmt aber mit dem bisherigen Verfahren der Regierung und ihrer Presse, besonders mit der Tendenz ihrer Enthüllungen der letzten Zeit ganz überein. Auch durch die Presse der Regierung wird bestätigt, daß es sich um eine Art Pogrom großen Stils gegen Parteien und Persönlichkeiten, zumal auch Offiziere, in Deutschland handelt, die in der deutschen „Volksrepublik" eine beschämende Karikatur des deutschen Volkes erblicken und in der Revolution ein Verbrechen gegen die deutsche Nation und einen Triumph der internationalen judaistischen Lüge. Die Art, wie die Regierung und ihre Presse diesen Kampf schon bis jetzt geführt hat, zeigt auf Schritt und Tritt drastisch das böse Gewissen und daraus erwachsend, trotz aller hohen Worte — die Wahrheit über alles, sagt Erzberger — das beunruhigende Gefühl innerer, moralischer Schwäche. Man fürchtet mit jedem Monat mehr, daß die Zahl der Deutschen sich weiter steigert, die sich an nationale Ehre und Pflicht erinnern und deren Forderungen mit den Zuständen und Personen vergleichen, die jetzt in Deutschland herrschen. Erinnern wir uns wieder der interessanten Tatsache, daß diejenigen Blätter und Personen der Sozialdemokratie und Demokratie, die gegen Unterzeichnung der Friedensbedingungen von Versailles waren, als Hauptgrund für ihre ablehnende Stellung immer wieder hervorhoben, daß sonst die nationale Bewegung in Deutschland wachsen müsse. Es ist weder ein Zufall noch verwunderlich, daß diese Argumentation hauptsächlich von führenden jüdischen Persönlichkeiten geübt wurde. Die „Volksregierung" und ihre Kreise fürchten nicht allein eine deutsche Bewegung im Zeichen der nationalen Parole, sondern diese ist ihnen von Natur zuwider, weil sie den feindlichen Gegensatz zu ihrem Internationalismus bildet. Alles, was den nationalen Gedanken schädigen kann, begrüßt sie, alles, was ihn heben und beleben könnte, bekämpft sie mit Haß und Widerwillen und ohne Skrupel. Dieses ist die eigentliche Grundlage, und hier liegt das eigentliche Motiv der Regierung und ihrer Anhänger für

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908061-15/fragment/page=0001

den „Entwurfungs"feldzug der letzten Tage, den man, sei es in der gleichen, sei es in anderen Formen, fortsetzen wird.

In allen nationalen Kreisen sollte man den von der Regierung und ihren Anhängern dabei vom Zaune gebrochenen Feldzug sehr ernst nehmen. Er ist keine Gelegenheitsaktion eines Kabinetts, und seine Bedeutung erschöpft sich nicht annähernd in seiner Bezeichnung als Wahlmanöver. Es handelt sich vielmehr um den Gedanken der Ausrottung des eigentlich deutschen Gedankens nach dem französischen Worte: erst beschmutzen und erniedrigen und dann zertrümmern! Immerhin danken wir der Regierung, daß sie die Sache plump genug begonnen hat, um vorzeitig entsprechende Aufmerksamkeit gegen ihren Willen hervorzurufen.

*

Berichtigung. In dem Artikel „Nur Ersatzreserve?" in der gestrigen Abendausgabe sind leider mehrere Satzfehler unkorrigiert stehen geblieben.

In der neunten Zeile muß es nicht heißen: „die sich in der Mannschaft unheilvoll gezeigt habe", sondern: „die sich in der Marneschlacht usw."

In der 43. Zeile muß es statt „Rieglers denkwürdigem Buch": „Riezlers usw." heißen.

In der zweiten Zeile der Mittelspalte ist statt „auf Seiten des Generalstabes" irrtümlich „auf Seite des Gewalthabers" gesetzt worden.

In der 18. Zeile der Mittelspalte bitten wir statt: „als allgemeinen Qualitätsbegriff" richtig lesen zu wollen: „als allgemeinen Quantitätsbegriff."

Herr Erzberger im Aufsichtsrat der Kriegsgesellschaften

Bei den Kriegsgesellschaften, die mit oder ohne Grund die Kritik der öffentlichen Meinung zu scheuen haben, bildete sich in den letzten Kriegsjahren die Gewohnheit aus, einflußreiche Parlamentarier aus den „Mehrheitsparteien" gleichsam als Schutzpatrone in den Aufsichtsrat zu wählen.

Auf diese verflixt gescheite Idee — auch eine Errungenschaft des Parlamentarismus nach französischen Vorbildern — verfiel auch die Kriegs-Wollbedarfs-A.-G., indem sie — Herrn Erzberger in ihren Aufsichtsrat berief. Im Schutz der Immunität dieses hochmögenden Mannes wußte und weiß sie sich nunmehr vor jeder Kritik ihrer Tätigkeit aus denjenigen Parteien, die etwas „zu sagen haben", sicher.

Einnahmen hat — soweit bekannt — Herr Erzberger aus dieser Aufsichtsratsstelle nicht bezogen (er hat sie sich übrigens — was bei diesem vielbeschäftigten und vielgeschäftigen Herrn nicht wundernehmen kann — recht leicht gemacht): das vertraute Verhältnis jedoch, in das er hierdurch zu dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Kriegs-Wollbedarfs-A.-G., der gleichzeitig Vorsitzender der Konvention der Militärtuchfabrikanten ist, trat, dürfte ihm aber nicht unangenehm gewesen sein.

Eine Huld ist der anderen wert. Es kam dies auch diesmal dadurch zum Ausdruck, daß eben dieser Vorsitzende der Konvention der Militärtuchfabrikanten spätestens ohne Befragung irgend einer zuständigen Stelle in die Sachverständigenkommission für die Waffenstillstands und Friedensverhandlungen berufen wurde. Niemand hatte einen Zweifel, auf wessen Veranlassung dies zurückzuführen war. Erst der energische Einspruch der berufenen Vertreter der Textilindustrie hat dann verhindert, daß jener Aufsichtsratskollege des Herrn Erzberger allein die Interessen dieses Gewerbezweiges bei den Friedensverhandlungen überantwortet erhielt.

Italienische Einfuhrverbote

Rom, 5. August.

Das Amtsblatt veröffentlicht gleichzeitig mit der Verfügung über die Wiederherstellung von Einfuhr und Ausfuhr von und nach dem feindlichen Auslande Listen der Waren, deren Einfuhr verboten ist. Die erste Liste enthält die Waren, die nur eingeführt werden dürfen, wenn sie für Staatsbehörden oder autorisierte Verpflegungsgesellschaften bestimmt sind. Diese Liste führt u. a. auf: Arzneimittel, Parfümeriewaren und parfümierte Seifen, Explosivstoffe, Garne aus Flachs oder Jute, künstliche Seide, Möbel und alle Arbeiten aus Holz, Papier und Karton, ferner Eisen, Stahl, Schienen, Eisenbahnschwellen aus Eisen und Stahl, landwirtschaftliche Maschinen, Silber- und Goldarbeiten, Kraftwagen, Eisenbahnwagen, Gedenksteine, kinematographische Artikel, Pianinos und Regenschirme. Die zweite Liste enthält die Waren, deren Einfuhr auch Privatpersonen verboten ist, darunter elektrische Lampen, für die ein Staatsmonopol erwartet wird. Das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, daß einige der Waren von der Liste gestrichen werden und daß den Interessenten Spezialerlaubnis für die Einfuhr von Waren, die auf der Liste stehen, erteilt werden kann.

Vorbildlich!

Berlin, 5. August.

Nach einem amtlichen Telegramm aus Rom haben die italienischen Eisenbahnbediensteten telegraphisch dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß sie bereit seien, täglich eine Stunde länger Dienst zu tun, um zu einer Vermehrung der nationalen Produktion beizutragen. Nitti sprach den Eisenbahnbediensteten seine wärmste Anerkennung für das patriotische Angebot aus, das volles Verständnis für die Anforderungen der Zeit zeige.

Die deutsche Industrie in Böhmen

Der tschechische Handelsminister Dr. Heidler äußerte sich einem Schriftsteller des „Prager Tagblattes" gegenüber über das Verhältnis der deutschen und der tschechischen Industrie, über die Zwangssyndikate und die Reformbedürftigkeit der Ausfuhr- und Valutapolitik und sagte u. a. gegenüber den Befürchtungen, als ob die deutsche Industrie hinter der tschechischen zurückgesetzt würde, es sei unbenkbar, daß in einem Staate Verkehrsbeschränkungen eingeführt werden, die eine verschiedene rechtliche und wirtschaftliche Grundlage für einzelne Gruppen der gewerblichen Arbeiten festlegen würden. Das könnte man schon mit Rücksicht auf die wechselnde Arbeiterschaft nicht durchführen, da man den Arbeiter nicht an die begünstigten Unternehmungen binden könne. Die deutschen und tschechischen Industriellen hätten bisher alle Fragen durch gemeinsame Arbeit gelöst. Die deutschen Industriellen und Arbeiter bilden eine viel zu große wirtschaftliche Macht, als daß die Tschechen ohne sie auskommen könnten, und die Tschechen haben sie deshalb zur Mitarbeit auf gleichberechtigter Grundlage ein. Das Syndikatswesen muß unbedingt umgestaltet werden, die Einfuhrsyndikate dürften dem einzelnen nicht mehr die Möglichkeit nehmen, seine laufenden Beziehungen aufzunehmen.

Auch die Debisenzentrale müsse neu gestaltet werden. Die nordböhmischen Industriebezirke, in denen wichtige Ausfuhrzweige vereinigt sind, bedürfen einer besonderen Rücksicht, denn die Glas-, Porzellan- und die Gablonzer Industrie verdienten eine entschiedene Förderung, da sie dem tschechischen Staate im Auslande von hohem Nutzen sei, keine nennenswerten Einfuhrforderungen stelle, andererseits aber hohe Beträge schaffe, die eine Belebung derjenigen Industriezweige ermöglichen, die auf eingeführte Rohstoffe angewiesen seien.

Neue Erzlager

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Koblenz, 5. August.

Oberrheinischen Meldungen zufolge wurden auf dem Hunsrück, dem oberrheinischen Gebirge, reiche Erzlager entdeckt. Erfolgreiche Prüfungen auf Eisen- und Manganerze wurden vorgenommen. Es hat sich herausgestellt, daß der ganze Idarwald ein reiches Erzlager birgt. Die Erze liegen in Tiefe von 2—3 Metern, stellenweise aber auch an der Oberfläche. Diese Erze werden der deutschen Industrie sehr willkommen sein.

Endgültiger Termin für die Reichseisenbahneinheit

Wie die „Bol. Inf." hören, ist nach Zustimmung Bayerns als endgültiger Termin für die Uebernahme der Staatseisenbahnen auf das Reich der 1. April 1921 festgesetzt. Die bayrische Regierung hat damit ihren bisherigen Widerspruch gegen den ihr zu früh erscheinenden Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reichseisenbahneinheit fallen gelassen. Andererseits wird auf Wunsch Bayerns nicht nur die Entscheidung über die Höhe des Kaufpreises, sondern auch die Festsetzung der sonstigen Bedingungen des Uebernahmevertrages für den Fall, daß eine gütliche Einigung nicht zustande kommt, nicht reichsgesetzlicher Regelung, sondern einer schiedsgerichtlichen Entscheidung, und zwar der des Deutschen Staatsgerichtshofes, übertragen. Im übrigen ist mit Abschluß des Verfassungswerkes die Reichseisenbahnfrage an sich endgültig geregelt. Die bisher noch schwebenden Streitfragen zwischen den Ländern mit Staatseisenbahnen und dem Reich einerseits und Bayern anderseits sind damit erledigt.

Die Kriegslasten-Kommission

Berlin, 5. August.

Zur Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entschädigung an die Alliierten ist durch Erlaß des Reichspräsidenten vom 31. Juli d. J. eine deutsche Kriegslasten-Kommission gebildet worden. Die Kommission hat die Aufgabe, die Verhandlungen mit der interalliierten Wiedergutmachungs-Kommission unter Beteiligung des Auswärtigen Amtes zu führen und die Tätigkeit der beteiligten deutschen Behörden für die Entschädigungsleistung zusammenzufassen.

Für die Neutralisierung Elsaß-Lothringens

Karlsruhe, 5. August.

Nach zuverlässigen Berichten aus Straßburg wurden dort in der letzten Zeit massenhaft anonyme Flugblätter verteilt und an zahlreiche Bürgermeisterämter versandt, in denen für die Neutralisierung Elsaß-Lothringens eingetreten wird. Die Polizei hat jetzt laut amtlicher Mitteilung fünf junge Leute verhaftet, die sich schuldig bekannten, diese Flugblätter verbreitet zu haben. Der Hauptangeklagte ist ein aus Bayern gebürtiger Student namens Spät; ein ehemaliger Schiffsoffizier der Haag namens Lehmann ist ebenfalls in die Anklage verwickelt. Die Flugschriften wurden im Auslande gedruckt und durch Studenten, die flüchtig geworden sind, nach Straßburg gebracht.

*

Unsere Gefangenen in Sibirien

Berlin, 5. August.

Wie wir erfahren, haben die Alliierten die Erlaubnis zur Rückführung der in Sibirien befindlichen deutschen Gefangenen noch nicht gegeben. Ebenso konnte noch keine deutsche Hilfskommission nach Sibirien gesandt werden. Für die Gefangenen werden monatlich eine Million Mark aufgewendet. Zur Beschaffung von Winterfachen sind 12 Millionen zur Verfügung gestellt. Doch hat sich die Regierung deshalb noch nicht damit abgefunden, daß die Gefangenen auch diesen Winter noch in Sibirien bleiben sollen.

*

Redakteure und Betriebsräte

Berlin, 5. August

Der Reichsverband der deutschen Presse hat zu dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte eine Eingabe an die Nationalversammlung gerichtet, in der die Einbeziehung der Redakteure in die Organisation der übrigen Angestellten der Zeitungsbetriebe als unvereinbar mit den Lebensinteressen der Presse bezeichnet und die Bildung eigener Betriebsräte für die Angehörigen der Redaktionen gefordert wird. In der Begründung wird des näheren ausgeführt, daß andernfalls die besonderen Interessen des Redakteurberufs schwer gefährdet werden müßten. Eine Eingabe gleichen Inhalts war bereits früher an den Reichsministerpräsidenten und den Reichsarbeitsminister übermittelt worden.

Unruhen in Triest

Lugano, 5. August.

Nach Meldungen des „Secolo" kam es in Triest zu blutigen Zusammenstößen zwischen Carabinieries und der Volksmenge, welche auf beiden Seiten Opfer forderten. Die Arbeiterschaft unterstützte durch einen eintägigen Generalstreik die Bewegung. Die Schulen und andere öffentlichen Anstalten der Slowenen sowie die Redaktion eines slowenischen und italienischen sozialistischen Blattes wurden während der Unruhen gewaltsam angegriffen.

Der Streik in den Ententeländern

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Amsterdam, 5. August.

Laut „Times" ist in dem Streik der Liverpooler Polizei eine Wendung eingetreten. Zahlreiche streikende Agitatoren haben die Behörden ersucht, sie wieder anzustellen und haben erklärt, daß sie durch Einschüchterung zum Streik gezwungen worden sind. Andererseits droht in Liverpool ein Streik des Eisenbahnpersonals, das 20 000 Mitglieder umfaßt und zur Folge haben dürfte, daß Liverpool von der übrigen Welt vollkommen abgeschnitten sein würde. Der Straßenbahnverkehr in Liverpool liegt still.

Das Reuter-Büro meldet aus New-York, daß 450 000 Eisenbahn-, Dampfschiff- und Frachttransportangestellte sich den übrigen streikenden Arbeitern angeschlossen haben und die Herabsetzung der Kosten für den Lebensunterhalt bzw. Lohnerhöhung fordern.

Energische Maßnahmen in Basel

Basel, 5. August.

In Basel ist, wie der Telegraphen-Union gemeldet wird, im Generalstreik insofern eine Verschärfung der Lage festzustellen, als sich der Platzkommandant veranlaßt sah, alle öffentlichen Versammlungen und Umzüge sowie auch das Streikpostenstehen zu verbieten. Die Jungburschen Basels hatten nämlich Sonntag nachmittag eine Zusammenkunft veranstaltet, in der die beiden Arbeiterführer Meister und Weng derart aufrührerische Reden hielten, daß sie verhaftet werden mußten. Die Truppen, die neuerdings verstärkt worden sind, haben den Befehl, rücksichtslos von ihren Waffen Gebrauch zu machen, sobald ihnen Widerstand geleistet wird. Heute früh wurde das Hauptquartier der Streikenden in Basel, die Burgvogtei, von den Truppen nach Waffen und Maschinengewehren durchsucht. Die Durchsuchung verlief aber ergebnislos. Der Regierungsrat Basels beabsichtigt, sämtliche Staatsbeamten und Angestellten, die sich nicht innerhalb 24 Stunden zur Arbeit melden, zu entlassen. Es ist bezeichnend, daß in der Westschweiz mit ihren revolutionären Elementen der Generalstreik bisher vollkommen unbeachtet geblieben ist.

Amerikas Friedensheer

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Amsterdam, 5. August.

Das Reuterche Büro meldet aus Washington: Im Kongreß wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der ein Friedensheer von 510000 Mann und eine dreimonatliche Uebungspflicht für alle 19 Jahre alten Männer vorsieht.

Strengere Maßnahmen gegen Bulgarien

Aus dem Haag, 5. August.

Aus Athen wird gemeldet: General Boissy sieht strengere Maßnahmen gegen Bulgarien vor, für das die Waffenstillstandsbedingungen zu milde gewesen seien. Die Waffen seien nicht abgeliefert worden. Bulgarien verfüge deshalb über große Mengen von Waffen und Munition, die es gegen die Entente verwenden will, falls die Friedensbedingungen nicht zu seinen Gunsten ausfallen. Die bulgarischen Behörden unterstützen die bolschewistische Bewegung, sie hoffen dadurch die Friedenskonferenz einzuschüchtern.

Der Verteidigungskampf der Türken

Rotterdam, 5. August.

Der Korrespondent des „New York Herald" schreibt: Die Konzentration einer türkischen Armee in Stärke von etwa 100 000 Mann um Trapezunt, der Basis der englischen Truppen, hat großen Eindruck auf die Pariser Konferenz gemacht. Die türkische Frage ist in den letzten zwei Tagen wieder in ein gefährliches Stadium getreten. Die Konferenz drängt auf eine Erklärung, ob Amerika das Mandat über Konstantinopel und Anatolien übernehmen will. Die Lage wird in Paris als sehr ernst bezeichnet. Djamil Pascha, der sich Diktator der nationalen Verteidigung nennt, erklärte, mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen die alliierten Truppen in Kleinasien angreifen zu wollen. Die englischen Truppen sind natürlich dieser Uebermacht gegenüber in Gefahr.

Neue Rangordnung im Seehandel

Mehr als 15 Millionen Tonnen mußten während des Krieges vom Bestand der Handelsflotte aller Länder abgeschrieben werden, indessen die Neubauten sich nur auf 10 bis 11 Millionen bezifferten. Sowohl Verlust wie Zuwachs verteilten sich auf die seefahrenden Nationen sehr verschieden, so daß nach dem Kriege die Rangordnung unter den Besitzern einer großen Handelsflotte ein ganz anderes Bild zeigt als vor seinem Ausbruch.

Vor dem Kriege verfügten über die größten Handelsflotten:

1. England mit rund	18,5	Millionen Tonnen,
2. Deutschland mit rund	5,2	„ „
3. Ver. Staaten mit rund	2,3	„ „
4. Norwegen mit rund	2,0	„ „
5. Frankreich mit rund	1,9	„ „
6. Japan mit rund	1,7	„ „
7. Holland mit rund	1,5	„ „
8. Italien mit rund	1,4	„ „

Das damals an zweiter Stelle erscheinende Deutschland scheidet infolge der Friedensbedingungen aus. Herr Erzberger hat der Entente unbedenklich die deutsche Handelsflotte nach der deutschen Kriegsflotte übertragen. Heute sind die Vereinigten Staaten auf den zweiten Platz gerückt — und zwar mit einem so wesentlich vermehrten Schiffsraum, daß ihr Abstand von der beträchtlich verringerten englischen Flotte weit geringer ist, als vor dem Kriege der Abstand der deutschen von der englischen Flotte war. Den dritten Platz hat Japan erobert, dessen Handelsflotte heute jener Amerikas in der Vorkriegszeit gleichkommt. Es folgen der Reihe nach Norwegen, Frankreich, Italien und Holland mit durchweg verringertem Schiffsbestand.

Berücksichtigt man die auf Kiel gelegten Neubauten und die Verteilung der deutschen Handelsschiffe, so wird sich Ende nächsten Jahres der Seeschiffbestand der Hauptländer etwa wie folgt gestalten: England wird nach stärkster Einbuße erst den Stand von 1914 mit 18½ Millionen Tonnen wieder erreicht haben. Die Vereinigten Staaten werden ihm mit etwa der Hälfte dieser Zahl so nahe gerückt sein, wie seit langen Jahrzehnten nie ein anderer Wettbewerber. Japans Handelsflotte dürfte dann an 3 Millionen Tonnen heranreichen, die Frankreichs wieder wie vor dem Kriege zu 2 Millionen, womit es wieder auf den vierten Platz rückt. Norwegen, Italien und Holland werden nur über je 1½ Millionen Tonnen verfügen. Mit anderen Worten: Beherrschte England vor dem Kriege 56 Prozent der Gesamttonnage der sechs größten Seehandelsmächte, so ist sein Anteil jetzt unter 50 Prozent herabgesunken. Oder: War die englische Flotte 1914 noch zweidrittel mal so groß, wie die der beiden nächsten Wettbewerber zusammen, so verhält sich nunmehr der Schiffsraum der Hauptwettbewerber zusammen zur englischen Handelsflotte wie 2:3.

Der deutsche Gesandte in Dänemark. Nachdem die dänische Regierung, ebenso wie die Regierungen von Schweden und Norwegen vor kurzem die Regierung Ebert in Deutschland anerkannt haben, ist der bisherige deutsche Gesandte Freiherr von Neurath gestern vom König zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908061-15/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 6 August.

Kommunalisierung von Gewerbe und Handwerk

Der Zehlendorfer Gewerbeverein hatte in der vergangenen Woche zu einer Abwehrversammlung gegen die Kommunalisierung des Gewerbevereins und Handwerks eingeladen, zu der eine große Anzahl Männer und Frauen erschienen war. An dieser Protestversammlung nahm auch der bekannte deutschnationale Abgeordnete Hammer teil, der als tatkräftiger Vertreter der Interessen des gesamten Mittelstandes bekannt ist. Das Referat erstattete Herr Müller-Fraenkel. Der Referent wies mit unerbittlicher Offenheit und Ehrlichkeit auf die Gefahren hin, die dem selbständigen Mittelstand durch die Kommunalisierung der Gewerbe drohen und geißelte auch mit scharfen Worten die Lauheit und den Indifferentismus der selbständigen Gewerbetreibenden. Er versuchte, diese Kreise aufzurütteln und zu bewußter politischer und volkswirtschaftlicher Tätigkeit zu erziehen. Aus der reichen Fülle der Gedanken seien die folgende hervorgehoben: Wirtschaftsfragen sind Zweckmäßigkeitsfragen, und jeder, der versucht, sie parteipolitisch auszumünzen, der schadet einerseits seiner Partei und andererseits unserer Wirtschaft. Wir leiden heute an nichts mehr, als daß wir Fragen, die reine Zweckmäßigkeitsfragen sind, durchführen wollen lediglich einem Parteiprogramm zu liebe. Im § 1 des Entwurfs zum Rahmengesetz über die Kommunalisierung heißt es, daß Betriebe kommunalisiert werden sollen aus Gründen des öffentlichen Wohls bei Vorliegen eines dringenden Bedürfnisses. Wir müssen also untersuchen,

1. ob die Kommunalisierung im Interesse des öffentlichen Wohls liegt, und

2. ob sie wirklich ein dringendes Bedürfnis ist.

Zwei Dinge sind es, die dem öffentlichen Wohle in Zukunft in erster Linie dienen müssen: einmal schaffende, aufbauende Arbeit und zum andern eine weitgehende Erhaltung der Bedarfsmittel, eine peinliche Sparsamkeit bei der Verwendung aller Rohstoffe. Nirgends hat man so viel Arbeitsfreude und so großen Arbeitsdrang gefunden wie in unserer Privatwirtschaft, in unserm erwerbstätigen Mittelstande. Ja, man kann ihm den Vorwurf machen, daß er nur gearbeitet und sich so wenig um das öffentliche Leben gekümmert hat. Selbst die Mitarbeiter der Familie waren Träger dieser Arbeitsfreudigkeit. Opferfreudig und selbstlos ist gearbeitet worden. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt kann diese Arbeit nicht hoch genug angeschlagen werden. Selbstverständlich arbeitet der Gewerbetreibende, der Handwerker in erster Linie, um sich vorwärts zu bringen und um seinen Besitz zu mehren, also aus rein egoistischen Motiven. Aber darin liegt ein Teil jener Kraft, die das Gute schafft. Die Privatwirtschaft hat die Arbeitsfreudigkeit, den Arbeitsdrang erzeugt und uns dadurch das Maß von Arbeit geleistet, das uns in den 40 Jahren so groß gemacht hat. Und darin liegt die eminent volkswirtschaftliche Bedeutung des werktätigen Mittelstandes. Der Angestellte hat nicht das Interesse an der Arbeit. Er handelt nach dem Grundsatz: „Immer langsam und gediegen, was heut nicht fertig wird, bleibt liegen." Man kann ihm damit einen Vorwurf machen; denn das liegt in der Natur der Dinge begründet. Wir sind keine Vertreter des reinen Kapitalismus, wir wir schütten das Kind auch nicht mit dem Bade aus und stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn man den Kapitalismus beseitigen will, man nicht anfangen darf, bei der kleinen Gemüsefrau und dem Räucherwarenhändler. Eine der schwersten Gefahren des Kapitalismus ist, daß er in den Großbetrieben mit der bis ins Einzelne gehenden Arbeitsteilung keine Arbeitsfreudigkeit aufkommen läßt. Deswegen können wir das Streben nach Arbeitsverkürzung und nach Lohnerhöhung auch begreifen. Auf der andern Seite aber brauchen wir die schaffende, aufbauende Arbeit, die Freude am Besitz gerade in unserer heutigen Zeit so notwendig. Wir brauchen aber auch eine möglichste Ersparnis von Rohmaterial, und hier haben wir, wie pfleglich der Kaufmann, der Handwerker mit einem Material umgeht, auch wieder zunächst aus egoistischem Motive, aus Gründen der Konkurrenz usw., darüber hinaus aber wirkt diese peinlich sparsame Behandlung eminent volkswirtschaftlich.

Im Gegensatz hierzu steht die kommunalisierte Stadtwirtschaft. Der städtische Angestellte kann nicht das Interesse darin haben wie der gewerktätige Mittelstand. Eine kommunalisierte Wirtschaft wird zudem niemals im Stande sein, den freien Handel in seiner Warenverteilung und der Marktregulierung zu ersetzen; denn kommunalisierte Wirtschaft ist bürokratisierte Wirtschaft. Hinzu kommt, daß sich das Bedürfnis der Menschen nicht rationieren läßt; versucht man es, so erzeugt man den Schleichhandel. Er folgt stets der Zwangswirtschaft auf dem Fuße.

Die Frage der Kommunalisierung ist so wichtig, daß man sie auch vom ethischen Standpunkt betrachten muß. Unsere Kultur beruht auf der sozialen Schichtung der Menschheit. Auch die Natur kennt keine Gleichheit sondern nur Unterschiede. Der Kampf der Unterschichten mit den Oberschichten bringt Leben in die Menschheit. Nur der Tod macht alle gleich. Wir müssen also die kommunalisierte Wirtschaft ablehnen, weil sie dem öffentlichen Wohle nicht entspricht. Auch aus finanziellen Gründen ergibt sich kein Bedürfnis; denn bei der Uebernahme in Stadtwirtschaft müßten die Gewerbetreibenden geldlich entschädigt werden, die Städte müßten große Anleihen aufnehmen und wären dann gezwungen, ihre Betriebe als melkende Kuh zu betrachten. Derjenige, der kommunalisieren will, hat vom Wesen des wahren Sozialismus keine blasse Ahnung. Die Zeiten, in denen eine hohe Staatsregierung die Hand über den gewerktätigen Mittelstand ausgestreckt hat, weil sie wußte, was sie an ihm hat, sind vorbei; heute heißt es hinaus auf die Straße, hinein in die Versammlungen! Nimm dein Geschick selbst in die Hand! Wenn du dich nicht wehrst, dann bist du verloren, und mit Recht verloren. —

In der Aussprache zeigte Abgeordneter Hammer an dem Beispiel der bevorstehenden Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke, wie man enteignen wolle; man bestimme den Preis selbst und richte sich nicht nach dem gemeinen Wert. Redner berichtete dann über seine Tätigkeit in den Parlamentskommissionen und wie es ihm möglich gewesen sei, seinen Antrag, nach dem Staatsregierung angewiesen wird, den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand zu erhalten und gegen Auffaugung zu schützen. Auch er mahnte zum festen Zusammenschluß.

Privatgelehrter Dr. Sevin ging näher auf die evolutionäre und auf die revolutionäre Auswirkung des sozialen Gedankens ein, kennzeichnete die durch die Entwicklung überholten Grundgedanken des Kommunistischen Manifestes und des Erfurter Programms und wies hierbei besonders durch statistisches Material nach, daß die natürliche Entwicklung nicht in allen Wirtschaftszweigen zum Großbetriebe führe. Zum Schlusse wendete er sich gegen die von Rathenau propagierte Typisierung und Schematisierung und warf interessante Schlaglichter auf die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsamtes, in dem z. B. das Großkapital gemeinsam mit dem Sozialismus am Werke sei, den gewerktätigen Mittelstand zu vernichten. Deshalb könne auch er nur zum festen Zusammenschluß raten.

Danach wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen und an die Deutsche Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung geschickt. Sie lautet: „Ueber 400 am 23. Juli in Zehlendorf versammelte Männer und Frauen erheben Einspruch gegen die geplante Kommunalisierung des Gewerbes und des Handwerks und gegen die bedrohte Gewerbefreiheit. Wollen wir unser Vaterland wieder aufrichten, so muß unser Grundstab teils, körperlich und geistig zugleich gewandte Menschen heranzuziehen, und dann freie Bahn dem Tüchtigen und besonders dem gelernten Handwerker! Ferner, los vom schablonenhaften Bürokratismus und dem ganzen Kriegswirtschaftssystem! Wir protestieren dagegen, daß in unserm neuen freien Vaterland gerade dem strebsamsten Volksgenossen Zügel angelegt werden. Die Versammlung erwartet für ihre Bestrebungen volles Verständnis und volle Unterstützung.

Gewerbeverein Zehlendorf. Haus- und Grundbesitzerverein Zehlendorf."

— **Der 11. Handlungsgehilfentag für Sachsen-Anhalt** findet auf Veranlassung des Gaues Sachsen-Anhalt im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, am kommenden Sonntag, dem 10. August, vormittags ¾10 Uhr, im großen „Hofjäger-Saal" zu Magdeburg statt. Die Tagesordnung lautet: 1. „Unser Kampf gegen die Ueberfüllung des kaufmännischen Berufes" (Frauenarbeit — Lehrlingszüchterei). Berichterstatter: Emil Barthel-Halle. 2. „Deutschnationale Gewerkschafts-Politik", Berichterstatter: Erich Bauerschäfer-Magdeburg. 3. „Das Betriebsrätegesetz und die kaufmännischen Angestellten", Berichterstatter: Ernst Richter-Magdeburg. 4. Schlußwort: Eugen Clauß-Hamburg. Zur Teilnahme sind alle Handlungsgehilfen berechtigt. Dieser Tagung geht am Sonnabend, dem 9. August in „Richards Festsälen" (Beginn 7 Uhr), der 17. Gautag des Gaues Sachsen-Anhalt im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, für dessen Mitglieder voraus. Bis jetzt liegen bereits Anmeldungen aus über 70 Orten der Provinz Sachsen und Anhalt vor.

— **Die neuen Briefmarken im Auslande ungültig.** In der großen Oeffentlichkeit dürfte wenig bekannt sein, daß die neuen Briefmarken mit der Aufschrift „Deutsche Nationalversammlung" nach einer Verordnung der Reichspostverwaltung nur im Inlande Geltung haben. Im Auslande muß, wie vielfach bei deutschen Firmen eingelaufene Beschwerden ausländischer Firmen bezeugen, für jede mit einer derartigen Marke versehene Sendung Strafporto bezahlt werden. Man hüte sich also davor, die neuen Marken für Auslandssendungen zu verwenden, um so mehr, als wir mit ihrem geschmacklosen Entwurfe sowieso wenig Ehre einlegen können.

— **Vaterländischer Frauenverein.** An einem sonnigen Nachmittage der vorigen Woche zog eine fröhliche Kinderschar durch die Stadt, hinaus nach der Peißnitz, dem beliebten Ausflugsort unserer Vaterstadt. Manch Vorübergehender hat sich über die kleine Gesellschaft gefreut, die in ihren roten Schützen so sauber und gepflegt aussah, und mer feine Schritte durch die Schimmelstraße lenkte, wird gemerkt haben, daß die Kinder des Mädchenhortes vom Vaterländischen Frauenverein in Anwesenheit der Vorsitzenden und einiger Vorstandsdamen und der Vorsteiterinnen ihren Sommerausflug unternommen haben. Schon lange vorher bildete der Spaziergang den Hauptgesprächsstoff der Kinder, und je näher der Tag rückte, um so größer ward die Freude. Unter fröhlichem Gesang landeten die Kinde auf der Peißnitz und wacker wurde dem gespendeten Kaffee und Kuchen zugesprochen. Den Hauptspaß bildete das Topfschlagen und die Kreisspiele, für die die Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins kleine Preise ausgesetzt hatte. Wie leicht ein Kinderherz erfreut ist, zeigte wieder dieser Nachmittag, denn der Jubel der Kinder war groß und erfüllte auch die Herzen der Erwachsenen, die voller Freude dem Spiel zusahen. Nachdem die Kinder sich heiß und müde getobt hatten, gab es noch ein großes Glas Limonade zum mitgebrachten Imbiß und dann zog die kleine Gesellschaft fröhlichen und dankbaren Herzens heimwärts. Der Sommerausflug nach der Peißnitz wird eine liebe und schöne Erinnerung im Leben der Kinder des Mädchenhortes vom Vaterländischen Frauenverein bilden.

Provinz Sachsen

Großthüringen blättert ab!

Soweit man bis jetzt erkennen kann, ist in den Verhandlungen über den Anschluß Sachsen-Koburgs an Bayern eine völlige Einigung erzielt worden trotz aller Bemühungen der Großthüringer, denen damit ein Stein aus dem geplanten Bau herausfällt. Wie in den Zeitungen mitgeteilt wurde, hat Koburg Forderungen aufgestellt. In weitestgehendem Maße sollen Zugeständnisse kultureller und wirtschaftlicher Natur gemacht worden sein. Die Koburger zeigen ein großes Vertrauen zu Bayern, wenn sie trotz der stark zerrütteten Finanzen jenes süddeutschen Staates sich gerade diesem anschließen wollen. Aber keineswegs alle Koburger sind davon entzückt. Es fehlt nicht an Stimmen, die den Anschluß an Preußen für das einzig Richtige halten. Nur ein großer Staat mit reichen Rohstoffquellen, vielseitiger industrieller Beschäftigungsmöglichkeit und der Steuerkraft einer großen Bevölkerung wird in der nächsten Zeit leistungsfähig sein. Glauben die Koburger nicht, daß auch Preußen ihnen Entgegenkommen zeigen würde, und daß unter den jetzigen Verhältnissen aus den erwähnten Gründen gerade dieser Staat am ehesten in der Lage sein dürfte, ein großzügiges wirtschaftliches Programm durchzuführen und die besonderen Wünsche kleiner Staaten am besten zu erfüllen. Auch würde ein an Preußen angegliedertes Land sofort in den Genuß der von Staat und Provinz geschaffenen Einrichtungen wie Generalkommission, Landesbauamt, Wegebaufonds und dergleichen mehr kommen.

† **Merseburg**, 5. August. (**Heldentod der 153er.**) Einer jetzt veröffentlichten Zusammenstellung über die Kriegsopfer in der deutschen Armee und Marine ist zu entnehmen, daß das hier und in Altenburg garnisonierende Infanterie-Regiment Nr. 153 mit am meisten gefallen hat. Es starben den Heldentod: 3 Stabsoffiziere, 11 Hauptleute, 21 Oberleutnants und Leutnants (davon fünf Angehörige der Familie von Loeper), 8 Feldwebelleutnants, zusammen 108 Offiziere, 4 Fähnriche, 4006 Unteroffiziere und Mannschaften.

t. **Quedlinburg**, 5. August. (**Wechsel im Landratsamt**). Der Landrat Geh. Regierungsrat von Doetinchem hat sich gestern vormittag nach Rückkehr von einer Dienstreise aus

---

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

[1]

Roman von Artur Brausewetter.

Erstes Kapitel.

„Was soll ich denn noch mehr tun?"

Der Justizrat hatte es zum drittenmal gesagt, und jedesmal deutlicher und unwilliger hatte aus dem Ton der dritten Stimme die Ueberzeugung gesprochen, daß mehr als in diesem Fall zu tun entschlossen sei, bei Menschen überhaupt nicht möglich wäre.

Und die kleine, schwächlich gebaute Frau, die neben ihm stand, den müden Körper leicht an den ältlichen Flügel gelehnt, schien davon so überzeugt als er selber.

Sie hatte so sehr viel bitten wollen — er hatte so wenig gewährt — aber sie war längst gewohnt, auch das, geringste, was er zugestand, als etwas großes zu nehmen und ihm dafür zu danken.

Er hatte ganz recht. Mehr konnte er auch in diesem Fall nicht tun. Sie kam immer etwas spät zu dieser Einsicht, war dann aber auch um so fester von ihr überzeugt.

„Wenn Gerda immer schwächer wird und blutarmer — man allen ihr schlechtes Aussehen auffällt — gut, so geht aufs Land — nach Seewald — für einige Wochen — meinetwegen! Du weißt, daß es mir auf das Geld nie angekommen ist — wenn es sich um deine oder Gerdas Gesundheit handelt."

„Nie", sagte die kleine Frau und seufzte.

„Aber du — du solltest die ganze Zeit nur hier allein sein mit dem Mädchen —"

„Als ob ich nur an mich dächte! Ich glaube, auf mich hat doch wahrhaftig nicht viel Rücksicht genommen. Ich glaube das auch nicht — bin's in meinem Leben gewohnt gewesen."

„Das ist es eben — du denkst zu wenig an dich."

„Wenn man alle Hände voll zu tun hat — denn hat man nicht Zeit, an sich zu denken — bis man eines Tages zusammenklappt."

„Das fürchte ich auch — du kennst meine Sorge, Adolf — du solltest dich endlich einmal schonen — mir zu Liebe!"

Ein unbeteiligter Zuschauer hätte sich länger des Lächelns nicht mehr erwehren können.

Der stämmige, hochgewachsene Mann, dessen muskulöse Gestalt von derselben geradezu derben Gesundheit strotzte wie sein frisches Antlitz und die hell leuchtenden Augen — und ihm gegenüber die kleine schwächliche Frau mit dem hinfälligen Körper, den durchsichtigen Gesichtszügen und den müden, tief in den Höhlen liegenden Augen — es lag eine fast tragische Komik in diesem Bilde, diesen Worten.

Der Justizrat hatte sein Frühstück, zu dem er für eine Viertelstunde des Vormittags in seine Wohnung herüberkam, mit dem gewohnten Appetit beendet und wollte sich eben mit einem kurzen Gruß verabschieden — da setzte die kleine Frau das Tablett mit einem schnellen Entschluß noch einmal aus der Hand.

Er war ihr nicht leicht geworden — dieser Entschluß. Aber sie hatte es ihrer Tochter versprochen — sie mußte ihr Versprechen halten!

„Adolf", sagte sie mit bittender Stimme, „es ist sehr nett und wieder einmal sehr selbstlos von dir, daß du ein so großes Opfer bringen und uns nach Seewald schicken willst — und doch — ich kann einen quälenden Gedanken nicht los werden."

„Nun?" fragte er ungeduldig.

„Wenn nun auch Seewald nicht hülfe — wenn alle deine Opfer vergeblich wären und Gerda so elend zurückkehrte — wie sie jetzt ist."

„Pah", antwortete er geringschätzig, „sie wird sich erholen. Seid nur erst in Seewald. Und wenn sie es durchaus nicht will, dann weiß ich nicht, wie ich ihr helfen soll."

„Du könntest es, — könntest es so leicht!"

Sie hatte es so warm, so flehend gesagt. So begütigend legte sich die magere Hand auf seinen starken Arm.

„Sidonie!"

Er sagte es, in seiner Wanderung Halt machend — nicht mehr mit jener gereizten, polternden Stimme, mit der er bis jetzt gesprochen — ruhig und gemessen kam das Wort von seiner Lippen.

Aber ein harter, unversöhnlicher Klang lag in ihm.

Die kleine Frau kannte diesen Klang seit zwanzig Jahren.

Sie wußte, daß jetzt nichts mehr für sie zu hoffen war.

„Sidonie!" sagte er noch einmal und schob — auch ein untrügliches Zeichen — mit dem Daumen und Mittelfinger der linken Hand die goldene Brille mit einem kurzen, heftigen Ruck tief auf die Nase — „Sidonie — ich sollte von dir annehmen dürfen, daß du in den langen Jahren unseres Zusammenseins das eine gelernt hättest, daß zwar in jeder Beziehung leicht mit mir umzugehen ist, daß ich auch, wenn ich von der Unrichtigkeit meiner Meinung überzeugt werde, sehr gern einmal nachgebe — und gerade dir, meine Liebe, am ehesten — daß man aber eins nie bei mir versuchen sollte: mich zur Aenderung eines fest gefaßten Entschlusses zu bewegen. Du weißt, daß ich solche Entschlüsse nie anders als nach der reiflichen Ueberlegung, den triftigsten Gründen fasse — und nun" —

Seine Stimme hatte sich gesteigert — immer härter und unversöhnlicher wurde ihr Klang. Die kleine Frau bedauerte längst, daß sie noch einmal diese gefährliche Sache berührt hatte — sie suchte ihn zu beschwichtigen.

„Genug meine Liebe — genug! Ich wüßte nicht, was du zu deiner Rechtfertigung sagen wolltest, oder meinst du, ich hätte nicht nach deinen ersten Andeutungen gewußt, worauf du hinaus wolltest! Und wir hatten uns fest vorgenommen, nie wieder diesen Namen unter uns zu nennen! Was aber tust du? Du umgehst die Sache in jener listig klugen Art, in der ihr Frauen uns nun einmal über seid! Durch ein unausgesetztes Klagen und Jammern über Gerdas Krankheit spekulierst du mit großer Gewandtheit auf mein weiches Herz, meine Liebe zu Gerda. Ich soll einsehen, daß ich zu hart gewesen, soll als reumütiges Schäflein an den hochwohlgeborenen Assessor schreiben, nein, besser telegraphieren: Kommen Sie um des Himmels willen — retten Sie mein Kind! Meine einzige Tochter, meinen Segen, mein Geld dazu — denn das darf ich nicht ausgeben, wenn er kommen soll — alles haben Sie!"

„Auf dein Geld hat Bollow nie spekuliert —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908061-15/fragment/page=0003

Beirat von den Beamten des hiesigen Landratsamtes verabschiedet. Er ist zunächst bis 1. Oktober beurlaubt und wird nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. — Die Kommunisten haben eine Kommission zum Reichswehrminister mit der Forderung gesandt, das Militär sofort von hier zurückzubehalten. Bei Ablehnung wird mit Streik gedroht.

d. Halberstadt, 5. August. (Für unsere Kriegsgefangenen.) Zwei wichtige Entschließungen wurden in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung der Ortsgruppe Halberstadt und Umgegend des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen am Montag abend gefaßt. Zunächst erstattete Lehrer Matthias den Bericht über die Vertretertagung des Volksbundes in Berlin, aus der besonders hervorzuheben ist, daß statt der bisher geforderten Bezahlung der Löhnung für die Gefangenen nunmehr aus einem Fonds von 150 Millionen Mark den Heimkehrenden je nach der Bedürftigkeit Zuschüsse von 100 bis 600 Mark gewährt werden. Dann berichtete Lehrer Kniepert über die mit den Reichsbehörden gepflogenen Verhandlungen. Vom Lehrer Matthias wurde dann eine Entschließung vorgeschlagen, um auf die Regierung dadurch einen Druck auszuüben, daß vom Volksbund im ganzen Vaterlande eine Bewegung angeregt werde, die Regierung zu zwingen, auf schnellstem Wege alle Maßnahmen unterbrechen zu lassen, um die Friedensbedingungen zu erfüllen, bevor nicht alle Kriegsgefangenen zurückgekehrt seien. Die Entschließung wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Auf Vorschlag des Oberbahnhofsvorstehers Repp wurde nach einer Entschließung abgestimmt, nach der die Frauengruppe flammenden Einspruch gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen einlegt.

— Leinefelde, 4. August. (Zum Generalstreik der Kalibergarbeiter.) Im Eichsfelder Kalibergbaubezirk fanden heute in Brehme, Holungen, Neustadt, Breitenworbis und Berniverode Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit dem Generalstreik im Kalibergbau beschäftigten. In den drei ersten Versammlungen sprach der Bezirksleiter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Birk, Leinefelde. In Brehme und Holungen erklärten sich sämtliche Bergarbeiter mit der Haltung des Gewerkvereins einverstanden und bekundeten einmütig, der Streikparole der Unabhängigen und Kommunisten keine Folge zu leisten. In Neustadt bedauerten die Bergarbeiter, die bei der öffentlichen Abstimmung über die Arbeitswiederlegung auf dem Werke für Weiterarbeit stimmten — und das war die Mehrheit — daß die Betriebsleitung nicht geneigend Mut besaß, die Leute weiter zu beschäftigen. Einstimmig wurde beschlossen, am Montag, den 4. August, die Arbeit wieder aufzunehmen, in Zukunft der Parole der Radikalen keine Folge mehr zu leisten und geschlossen hinter den Führern des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter zu stehen. In den Versammlungen in Breitenworbis und Berniverode, wo dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Redakteur Rütten, von der Hauptleitung sprach, wurde folgende Entschließung einmütig angenommen: „Die am 3. August in Breitenworbis und Berniverode versammelten Arbeiter der Kali-Industrie sprechen den Organisationsvertretern für ihre umsichtige Gewerkschaftsarbeit, welche insbesondere durch den abgeschlossenen Tarifvertrag für die Arbeiter in der Kali-Industrie zum Ausdruck kommt, volle Anerkennung aus. Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist ein großer wirtschaftlicher und kultureller Fortschritt für die gesamte Kaliarbeiterschaft. Die Versammelten verurteilen den angekündigten Generalstreik, der nur aus politischen und gewerkschaftsfeindlichen Gründen inszeniert werden soll und versprechen, die Bestimmungen des abgeschlossenen Tarifs genau zu beachten. Eine starke Berufsorganisation ist die beste Gewähr für eine dauernde tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bergbau. Die Versammelten verpflichten sich, für die Stärkung der Organisation entschieden einzutreten und erwarten, daß der letzte Arbeiter in der Kali-Industrie sich seiner Berufsorganisation anschließt." — Die Kaliwerke Hüpstedt, Berniverode und Bismarckhall arbeiten wie immer.

„H.J." Sportberichte

Spielvereinigung Fürth, Deutscher Meister, gegen Sportverein 98

Nachdem am vergangenen Sonntag fast alle Halleschen Ligamannschaften tätig waren, wartet der Sportverein 98 am kommenden Sonnabend mit einem Fußballspiel auf, das wohl mit Recht als das größte sportliche Ereignis in Halle seit Jahren bezeichnet werden darf. An guten Leistungen und reichen Momenten wird es nicht fehlen; das Spiel wird daher ohne Zweifel eine gewaltige Anziehungskraft auf die sportliebenden Hallenser ausüben. Der Deutsche Meister mit seiner hervorragenden Elf hat in allen seinen Spielen eine derartige überwältigende Ueberlegenheit gezeigt, daß unsere heimische Mannschaft einen schweren Stand haben wird; immerhin glauben wir, daß unsere 98er alles aus sich herausgeben werden, um unsere Halleschen Farben ehrenvoll zu vertreten. Der Deutsche Meister, der erst am 28. Juli gegen den ungarischen Fußballmeister M. T. K. Budapest nur ganz knapp mit 3:1 verlor und damit gegen die glänzend spielenden Ungarn das beste Ergebnis auf seiner diesjährigen Reise durch Deutschland erzielte, kommt mit einer äußerst spielstarken Elf nach Halle. Sämtliche Spieler sind Ligaspieler und schon seit Jahren in der Mannschaft tätig.

Ausdrücklich hervorgehoben sei noch, daß nach gestern eingetroffener Nachricht keiner der Fürther Spieler der Reservemannschaft entnommen ist. Alle Vorbedingungen für einen spannenden Kampf sind daher gegeben. Ueber die Mannschaften usw. werden wir in unseren nächsten Ausgaben berichten.

— Die Meisterschaft des Saalegaues in der 2. Klasse wird am Sonntag ausgetragen. Es stehen sich gegenüber V. f. B. Merseburg II und Eintracht Halle I.

Pferderennen Hannover

(Eigener Drahtbericht der „H. J.")

Dienstag 5. August, nachm. 3 Uhr.

1. Preis von Bückeburg: 10 000 M. 1000 M. 1. Wulfburg, 2. Springer, 3. Merja. Toto für Sieg: 32. Plätze: 18, 18. Ferner liefen 6 Pferde.

2. August-Ausgleich: 12 000 Mk. 2000 Mtr. 1. Markgraf, 2. Rumpleriauhe II, 3. Sterna. Toto für Sieg: 14. Plätze: 14, 19, 15. Ferner liefen 8 Pferde.

3. Jagdrennen der Dreijährigen: 12 000 Mk., 3600 Mtr. 1. Finis, 2. Nidan, 3. Fritzi. Toto für Sieg: 111. Plätze: 24, 16, 18. Ferner liefen 16 Pferde.

4. Preis der Stadt Hannover: Ehrenpreis und 40 000 Mk., 1800 Mtr. 1. Leuchtturm und Landgräfin, 3. Optimist. Toto für Sieg: 82, 50. Plätze: 16, 16, 18. Ferner liefen 7 Pferde.

5. Preis von Bischofshole. 20 000 Mk. 1100 Met. 1. Margrit. 2. End gut. 3. Mittelstraße. Toto für Sieg: 147. Plätze: 47, 20. Ferner liefen 6 Pferde.

6. Preis von Herrenhausen. 18 000 Mk. 1400 Met. 1. Abteilung. 1. Magier. 2. Geppel. 3. Maas. Toto für Sieg: 44. Plätze: 23, 20, 18. Ferner liefen 12 Pferde.

2. Abteilung. 1. Wellenbrecher. 2. Defizit. 3. Dackel. Toto für Sieg: 41. Plätze: 16, 13, 33. Ferner liefen 11 Pferde.

7. Preis von Eilenriede. 1300 Mk. 2400 Meter. 1. Prunus. 2. Feuersnot. 3. Persifus. Toto für Sieg: 17. Plätze: 12, 17. Ferner liefen 6 Pferde.

8. Korbes-Jagdrennen. 13 000 Mk. 3600 Meter. 1. Komasia. 2. Blumenlese. 3. Mantel. Toto für Sieg: 595. Plätze: 69, 93, 18. Ferner liefen 14 Pferde.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Notenumtausch und Preissenkung

Man schreibt uns: Die Finanzverwaltung plant bekanntlich einen Umtausch aller im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel. Diese Maßnahme soll verhindern, daß Teile des Volksvermögens der steuerlichen Erfassung entzogen werden. Außerdem verspricht man sich von diesem Umtausch des Papiergeldes eine wesentliche Einschränkung des Umlaufs von Zahlungsmitteln, da man annimmt, daß die Notenhamsterei als zwecklos aufgegeben werden wird, nachdem der Besitzer des Papiergelds beim Umtausch seinen Besitz offenbart hat. Es ist möglich, daß eine solche Wirkung wenigstens teilweise eintritt. Die Ueberschwemmung des Verkehrs mit papierenen Zahlungsmitteln würde dann einen Rückgang erfahren. Nach der sogenannten Quantitätstheorie soll nun die allgemeine Preisbildung von der Größe des Zahlungsmittelumlaufs abhängen. Die Vertreter dieser Theorie behaupten, die außerordentliche Teuerung, die durch den Krieg verursacht ist, wäre auf die Ueberschwemmung des Verkehrs mit Zahlungsmitteln zurückzuführen. Wäre diese Annahme richtig, dann müßte mit der Einschränkung des Papiergeldumlaufs als Folge des Notenumtausches eine allgemeine Preissenkung eintreten. Eine solche Wirkung ist aber nicht zu erwarten. Die Ursache der allgemeinen Preissteigerung ist nicht die große Masse der Zahlungsmittel, sondern die gesteigerte Kaufkraft der Bevölkerung. Wenn infolge der hohen Löhne und Gehälter auch die breiten Schichten der Bevölkerung in der Lage sind, Nahrungsmittel und unentbehrliche Gebrauchsgegenstände ohne Rücksicht auf die gestiegenen Preise zu kaufen, dann tritt bei der herrschenden Knappheit dieser Waren eine ständige Aufwärtsbewegung der Preise ein, weil die Nachfrage stets größer ist als das Angebot. Wäre es heute möglich, das umlaufende Papiergeld durch Eingahlung an Banken, Sparkassen usw. soweit einzugiehen, daß nur die im Verkehr tatsächlich notwendige Menge in den Händen der Bevölkerung wäre, dann verfügte der Einzelne anstelle des größten Teiles seines Bargeldes über ein entsprechendes Guthaben bei einer Bank, Sparkasse usw. Die Ueberschwemmung mit Zahlungsmitteln wäre beseitigt, aber die gesteigerte Kaufkraft der Bevölkerung wäre geblieben. Der Verbraucher würde statt mit barem Gelde auf dem Wege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs kaufen. Die Nachfrage nach den knappen Vorräten würde also die gleiche bleiben, und deshalb wäre auf einen Rückgang der Preise nicht zu rechnen. Man kann sich also von dem Umtausch des Papiergeldes eine Einwirkung auf die Teuerung nicht versprechen.

Gegen die Stillegung von Betrieben

Am 31. Juli 1919 fand im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung über die Ergreifung von Maßnahmen gegen die Stillegung von Betrieben durch Unternehmer wegen angeblicher Unproduktivität statt, zu der die zuständigen Reichs- und preußischen Ministerien, die Mitglieder des Staatenausschusses, ferner der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Arbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die drei großen Gewerkschaftsorganisationen und der Reichsverband der deutschen Industrie geladen waren. Der Zweck der Zusammenkunft war der, Material über die angedeutete Frage herbeizuführen und über ein vorzunehmende Schritte dagegen zu beraten. Beschlüsse sollten nicht gefaßt werden. Man war sich darüber einig, daß Stillegungen durch Unternehmer wegen angeblicher Unproduktivität (sogen. Unternehmersabotage) wohl nur in den seltensten Fällen vorkämen. Dort, wo sie einträten, müßte sofort energisch eingegriffen werden. Eine weitere Aufklärung der Frage für die einzelnen Wirtschaftsgebiete erschien jedoch wünschenswert. Daher wurden folgende Fragen aufgestellt, die den geladenen Ressorts und Organisationen zur Beantwortung vorgelegt werden sollen:

1. Ist dort von erfolgten oder beabsichtigten Stillegungen von Betrieben etwas bekannt?
2. Welche Gründe werden hierfür angegeben?
3. Welche Gegenmaßnahmen gegen die Stillegungen, wenn sie ohne zwingende Gründe erfolgen, werden vorgeschlagen? Welche Schritte sollen bei glaubwürdigem Nachweis ihrer Notwendigkeit durch die Behörden oder durch die Arbeitsgemeinschaft der Industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeriffen werden?
4. Welche Erfahrungen liegen über den Rückgang der Arbeitsleistung vor? Welche Gründe werden dafür angenommen, was kann zu ihrer Behebung geschehen?

Industrie, Handel, Handwerk

Gottfried Lindner Akt.-Ges. in Ammendorf. Die Verwaltung beantragt bei einer auf den 27. August einberufenen außerordentlichen Generalversammlung eine neue Erhöhung des Aktienkapitals um 1,6 Mill. Mark durch Ausgabe von 1600 neuen Aktien. Erst in der Generalversammlung vom 2. Juli d. J. ist die Erhöhung des Kapitals um 800 000 Mk. auf 22,4 Mill. Mark beschlossen worden. Diese neuen Aktien wurden den Aktionären durch ein Konsortium zu 120 % angeboten. Gleichzeitig wurde damals auch die Aufnahme einer Anleihe von 1 Mill. Mark beschlossen.

Vereinigte Farbwerke A.-G. in Kassel. Die Verwaltung schlägt einer außerordentlichen Generalversammlung die Auflösung der Gesellschaft und Verwertung des Gesellschaftsvermögens vor.

Deutscher Stahlbund G. m. b. H. Die Firma Deutscher Stahlbund G. m. b. H. mit dem Sitze in Düsseldorf ist nunmehr handelsgerichtlich eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des deutschen Stahlgewerbes durch Zusammenfassung und einträchtige Zusammenarbeit aller beteiligten wirtschaftlichen Kräfte in Fühlung mit den staatlichen Behörden, Pflege der Verbandsbildung, Schutz bestehender Verbände und Verfolgung der gemeinsamen wirtschaftlichen Ziele, insbesondere Förderung des Absatzes. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mk. Geschäftsführer ist Direktor Gerwin vom Stahlwerksverband.

Rückführung belgischer Maschinen. Bei der Rückführung der aus Belgien und Frankreich entfernten Maschinen machen sich in der letzten Zeit Klagen der belgisch-französischen Kommission über schlechte, unsachgemäße Verpackung der rückgesandten Maschinen kund. Ein Teil der Maschinen fiel auch während des Transportes um und wurde schwer beschädigt. Im eigenen Interesse der deutschen Versender betonen sämtliche mit der Rückführung betrauten Behörden, daß auf gute Verpackung größte Sorgfalt zu legen ist. Für alle infolge unsachgemäßer Verpackung entstandenen Schäden hat der Absender selbst aufzukommen.

Die Malzfabriken Martin Moritz Meyer in Mainz, Lewino in Mainz, von den Bergh in Kretheim, Finger in Förstheim, Sturm in Bodenheim und Unkelhaeuser in Budenheim haben sich unter der Firma Mittelrheinische Malzfabriken G. m. b. H. in Mainz zusammengeschlossen.

Elbeschiffahrt. Es traf am Montag der Eilkahn Nr. 8 in Aken ein.

Geldmarkt und Banken

Verlängerung der Anmeldefrist. Bei der Schutzvereinigung der deutschen Eigentümer von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen Berlin ist ein Telegramm ihres soeben aus Budapest nach Wien zurückgekehrten Vorstandsvorsitzenden eingetroffen, wonach seitens der ungarischen Regierung die Anmeldefrist, welche letzthin bis zum 31. August 1919 verlängert worden war, neuerdings um zwei Monate bis zum 31. Oktober 1919 verlängert worden ist.

Der Rückgang des Kurses für die deutsche Reichsmark ist in Amerika zum ansehnlichen Teil zurückgeführt auf die Tätigkeit berufsmäßiger Baissespekulanten (der Kurs des Dollars berechnet sich zurzeit bei uns auf etwa 17 Mark, der Wert der Mark in Amerika auf rund 5,80 Cts.). Die Frage einer wirksamen Kreditbeschaffung für Deutschland in New-York beschäftigt dauernd die hiesige Presse. Die „New York Evening Sun" bemerkt, gute Beziehungen zur Hochfinanz hat, erklärt, das Hauptmittel, Geldmittel zu gewährenden Anleihe liege darin, daß man hier sehr hohe Zinssätze verlange.

Reichsstempelabgabe für Wertpapiere. Die Rohsolleinnahme an Reichsstempelabgabe für Gesellschaftsverträge und Wertpapiere beträgt für das Jahr 1918, wobei die Einnahmen aus Elsaß-Lothringen nur bis Oktober 1918 einschließlich enthalten sind, 74 669 963 Mk. (i. V. 74 745 833 Mk.). Hiervon entfallen unter anderem auf Gesellschaftsverträge und inländische Aktien und Zwischenscheine 60 568 711 Mk. (i. V. 69 027 531 Mk.), ausdrückliche Aktien und Zwischenscheine 432 035 Mark (i. V. 975 763 Mk.), auf Bergwerksanteilscheine 1 681 495 (i. V. 2 790 749) Mk.

Ablieferung der Goldmünzen in Oesterreich. Wie aus Wien gemeldet wird, gelangt heute im „Staatsgesetzblatt" die Verordnung betreffend Anweisung des Staatsamtes der Finanzen betreffend die Ablieferung von Goldmünzen zur Verlautbarung. Danach sind in privatem Besitz befindliche Goldmünzen längstens binnen zwei Wochen für Rechnung des Staates einzuliefern. Inländer haben auch die im Ausland befindlichen, Ausländer nur die im Inland befindlichen Münzen einzuliefern. Der Abgabe unterliegen alle inländischen und ausländischen Goldmünzen, ausgenommen die zum Goldschatz der Oesterreich-Ungarischen Bank gehörigen Goldmünzen, Schaumünzen und andere Münzen von überwiegend künstlerischem oder numismatischem Wert. Verfügungen oder sonst zur Sicherstellung von Ansprüchen hinterlegte Goldmünzen sind vom Verwahrer gegen Barzahlung einzulösen, ebenso in Schrankfächern oder in geschlossenen Depots vorgefundene Goldmünzen. Goldmünzen, die der Einlieferung unterliegen, einzuschmelzen oder gewerblich zu verarbeiten, ist verboten und wird mit Geldstrafen bis zu 20 000 Kronen oder Arrest bis 6 Monaten bestraft.

Das französische Kapital in Rußland. Wie das italienische Finanzblatt „Eco d'Italia" schreibt, betrug das französische Kapital in Rußland vor Ausbruch des Krieges in den verschiedenen Industrieunternehmungen: Staatsanleihen und von der Regierung garantierte Stadtanleihen 15 268 000 000 Fr. Bankaktien und Obligationen 718 000 000 Fr. Eisenbahn- (ungarantierte) und Tramwayaktien 80 Mill. Fr. Metall 750 Mill. Fr., Kohlen 200 Mill. Fr., verschiedene Bergwerke 130 Mill. Fr., chemische Erzeugnisse 5 Mill. Fr., Naphtaindustrie 307 Mill. Fr., Manufakturen 57 Mill. Fr., endlich verschiedene andere Erzeugnisse und Unternehmungen 76 Mill. Fr. und insgesamt 17 591 000 000 Fr.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Unlust, Zurückhaltung und infolgedessen Geschäftsstille bildeten auch heute die auffälligsten Merkmale im Börsenverkehr. Die Kurse unterlagen in ihrer Gesamtheit keinen besonderen Veränderungen. Eine Ausnahme von der Geschäftsstille bildeten zeitweise Schiffahrtsaktien mit 1 bis 2 Prozent Kursgewinn und dann vor allem Petroleumwerte mit einem weiteren Kursaufschwung für Steaua Romana-Aktien. Auch für russische Bankaktien und Kolonialwerte geb sich gewisse einige Kauflust zu erkennen. Doch fielen diese Wertes nach Befriedigung des Verkehrs wieder in ihre alte Verkehrslässigung zurück. Von Montanwerten lagen Bochumer und Harpener etwas fester, wogegen Bismarckhütte und Deutsch-Luxemburger sich Kursabstriche gefallen lassen mußten. Sonst sind fest nach Schantungbahn- und chemische Aktien zu erwähnen, wogegen Türkische Tabakaktien und Hirsch-Kupfer etwas stärker im Kurse nachgeben mußten. Recht still ging es auch am Rentenmarkt her. Kriegsanleihe ungefähr 81¼, Schatzscheine und 3% heimische Anleihen gut behauptet. Oesterreichische und ungarische Werte blieben unverändert.

Produktenbericht. Während Serradella nach wie vor ohne Geschäft bleibt, zeigt sich in Lupinen etwas mehr Begehr für bessere Ware. Geringere Qualitäten sind aber kaum unterzubringen. In Heu lag ziemlich erhebliches Angebot zu 14 Mark vor; die Haltung dafür ist infolgedessen weniger fest. Auf Lieferung von September bis November wird viel Roggenstroh zu 4½ Mk. angeboten, so daß die Preise hierfür nach unten neigen. Wetter: trübe.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	13.—
Halberstadt-Blankenb.	87.—	Gebhardt u. Co.	96.—
Halle-Hettstedter	71.—	Gebhardt u. König	17.—
Schantungbahn	130.¾	Gelsenkirch. Bergb.	176.—
Allg. Lokal-Str.	130.—	Glanziger Zuckerfbr.	97.—
Gr. Berl. Str.	121.—	Halleische Masch.-Fabr.	96.—
Magdeburger Str.-B.	—	Hamm. Masch.	90.—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	304.25	Harpener Berg	150.—
Orientbahn	249.—	Hasper Eisen	145.—
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	146.—
Hambg. Paketfahrt	101.¾	Höchster Farbw.	283.—
Hambg.-Südamerika	109.25	Hoesch Eisen u. Stahl	186.—
Hansa-Dampfschiff	221.25	Hohenlohe-Werke	131.—
Nordd. Lloyd	102.25	Humboldt-Masch.	131.50
Banken:		Ilse-Bergbau	—
Bank für Thür.	—.—	Kahla-Porzellan	96.—
Berl. Handelsges.	152.50	Kaliw. Aschersleben	96.—
Comm n. Diskontobank	121.75	Körbisd. Zucker-Akt.	—
Darmstädter Bank	108.—	Kyffhäuserhütte	112.—
Deos. Landesbank	—	Lahmeyer n. Co.	178.—
Deutsche Bank	192.50	Lauchhammer	136.—
Disconto-Comm.	152.50	Laurahütte	96.—
Dresdner Bank	127.¼	Linke u. Hofmann	96.—
Credit-Anst. Leipzig	132.—	Ludwig Loewe u. Co.	96.—
Mitteld. Kreditbank	113.—	Lothringer Hütte	96.—
Privat-Bank	111.¼	Mannesmannröhren	96.—
Nationalbank	—.—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	96.—
Oesterr. Kredit	—.—	do. Caro Heg.	—
Reichsbank	147.25	do. Kokswerke	178.—
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	178.—
Schultheiß-Brauerei	248.—	Phönix-Bergb.	178.—
Akt. f. Anilin	232.—	Rhein. Metall-Verz.	178.—
Allgem. Elektr.-Ges.	170.—	Rhein. Stahlwerken	96.—
Ammendorfer Papierf.	425.—	Riebeck. Montan.	96.—
Anhalter Kohlenw.	163.—	Rombacher Hütten	96.—
Annaberger Steingut	184.75	Rositzer Brauns.	96.—
Badische Anilin	142.—	Rositzer Zucker	96.—
Bergmann Elekt.-Akt.	136.—	Sangerhäuser Masch.	96.—
Berl. Masch.-Bau	108.—	Hugo Schneider u. Co.	96.—
Bismarckhütte	208.50	Schuckert u. Co.	96.—
Bochumer Gußstahl	178.25	Siemens u. Halske	96.—
Chem. Fabrik Buckau	—	Stettiner Vulkan	96.—
Chem. Grieshaim	195.75	Stollberger Zinkh.	96.—
Chem. v. Heyden	219.—	Strahl. Spielkarten	96.—
Consolidation Schalke	231.75	Thale-Eisenhütte	96.—
Cröllwitzer Papierfabr.	211.—	Triptis-Akt.-Ges.	96.—
Daimler-Motoren	197.75	Türkische Tabakregie	96.—
Deutsch-Luxemburg	148.—	Ver. Köln-Rottweiler	96.—
Deutsche Uebersee-El.	226.50	Glanzstoff Elberf.	96.—
Deutsche Erdöl	217.50	Wegelin u. Hübner	96.—
Deutsche Gasglühl.	365.—	Wersch.-Weissenf. Brk.	96.—
Deutsche Kali	176.—	Westeregeln-Alkali	96.—
Deutsche Waff. u. Mun.	201.25	Wittener Gußstahl	96.—
Donnersmarckhütte	195.50	Wrede-Mälzerei	96.—
Döring u. Lehrmann	124.—	Zeich.-Kriebitsch. Brk.	96.—
Dürkoppwerke	265.75	Zeitzer Masch.	96.—
Elberfelder Farben	261.—	Zellstoff Waldhof	96.—
Felten u. Guilleaume	162.25	Otavi-Minen	96.—

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Rundschau und Weltwirtschaft und Sport: Hans Geiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kerkau; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908061-15/fragment/page=0004